

**VERTRAULICH**  
bis zur Feststellung des  
schriftlichen Ergebnisses der  
letzten nicht öffentlichen  
Ausschusssitzung durch  
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg  
Dezernat I, Kämmereramt

**Haushaltsjahr 2005  
Bericht über den Verlauf der  
Haushaltswirtschaft zum 30.09.2005**

## Informationsvorlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Haupt- und Finanzausschuss	26.10.2005	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	10.11.2005	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

**Inhalt der Information:**

*Der Haupt- und Finanzausschuss und der Gemeinderat nehmen die Information der Verwaltung über den Verlauf des Haushaltsjahres 2005 zur Kenntnis.*

## Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Unmittelbar betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: Ziel/e:  
(Codierung)

QU 1 Solide Haushaltswirtschaft

Begründung:

Mit der Information gemeinderätlicher Gremien über den Verlauf der Haushaltswirtschaft sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass den gemeinderätlichen Gremien bei allen ihren Entscheidungen die aktuelle finanzielle Gesamtsituation der Stadtverwaltung Heidelberg ausreichend bekannt ist.

### 2. Mittelbar betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes im Sinne eines fachübergreifenden Ansatzes

Nummer/n: Ziel/e:  
(Codierung)

keine

Begründung:

keine

## Begründung:

### 1. Ausgangssituation

Am 17.03.2005 hat der Gemeinderat den Doppelhaushalt 2005 / 2006 beschlossen. Im Haushaltsjahr 2005 hat der Verwaltungshaushalt ein Volumen von rd. 416 Mio. € und der Vermögenshaushalt von rd. 52 Mio. €. Die Haushaltsplanaufstellung erfolgte vor dem Hintergrund nach wie vor niedriger Einnahmen bei der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Die Mindestzuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt in Höhe von 3,6 Mio. € konnte in 2005 trotz erheblicher Kürzungen bei der Planaufstellung (u. a. über Strukturmaßnahmen), der Aufnahme einer Globalen Minderausgabe in Höhe von 1,0 Mio. € in den Plan sowie der Erhöhung der Hebesätze bei der Grund- und der Gewerbesteuer nicht erreicht werden. Der fehlende Differenzbetrag von 1,2 Mio. € soll daher in 2006 zusätzlich vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt zugeführt werden.

Zur Sicherung der Haushaltswirtschaft und zum Ausgleich weiterer unerwarteter Haushaltsbelastungen hat der Gemeinderat im Rahmen der Beschlussfassung über den Haushalt eine Haushaltssperre in Höhe von 1,0 Mio. € auf die Personal- und Sachausgaben gelegt.

### 2. Bisherige Berichte über den Verlauf der Haushaltswirtschaft 2005

Wir haben den Haupt- und Finanzausschuss am 11.05.2005 und 13.07.2005 und den Gemeinderat am 27.07.2005 über den Verlauf des Haushaltsjahres informiert (Drucksache: 0113/2005/BV und Drucksache: 0111/2005/IV).

Bereits bei der ersten Prognose war absehbar, dass uns Einnahmeausfälle das Erreichen der veranschlagten Zuführung erschweren werden. Wir sind aber davon ausgegangen, dass diese Einnahmeausfälle mit 5,0 Mio. € (Prognose Stand 15.04.2005) bzw. mit 4,4 Mio. € (Prognose Stand 30.06.2005) nicht so hoch sein würden wie in den Vorjahren. Zwar haben wir unsere Prognose insbesondere bei der Gewerbesteuer unter den Vorbehalt der weiteren Entwicklung im Laufe des Haushaltsjahres gestellt, wir waren aber dennoch zuversichtlich, dass es uns auch diesmal gelingen würde, durch eine vorsichtige Mittelbewirtschaftung die veranschlagte Zuführung zu erreichen. Zu diesem Zweck hat der Haupt- und Finanzausschuss am 11.05.2005 beschlossen, die Haushaltssperre in Höhe von 1,0 Mio. €, die er im Rahmen der Haushaltsverabschiedung auf die Personal- und Sachausgaben gelegt hat, vorläufig beizubehalten. Außerdem hat die Verwaltung in eigener Zuständigkeit eine vorläufige interne Bewirtschaftungssperre in Höhe von 20 % angeordnet sowie die Jahresüberträge vorläufig aus der Bewirtschaftung herausgenommen, damit der Gemeinderat im 2. bzw. 3. Quartal Entscheidungsspielraum für möglicherweise notwendige Einsparmaßnahmen hat.

### **3. Aktuelle Prognose (Stand 30.09.2005)**

Die Einschätzung in unseren bisherigen Prognosen, dass – im Gegensatz zu den Vorjahren – bei den zentralen Einnahme- und Ausgabepositionen die Entwicklung weitgehend planmäßig verläuft, hat sich bestätigt. Inzwischen sind einige kleinere positive Veränderungen eingetreten, die die bisher prognostizierte Deckungslücke von 4,4 Mio. € verringert haben.

Aktuell gehen wir davon aus, dass wir bei der Gewerbesteuer den Einnahmeansatz (48,2 Mio. €) zwar nicht ganz erreichen werden, dass wir aber über dem Vorjahresergebnis (45,4 Mio. €) liegen werden. Ebenfalls knapp unter dem Ansatz bleiben werden wir beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (Ansatz 40,9 Mio. €, Prognose 39,6 Mio. €). Zusammen mit weiteren kleineren Verschlechterungen bei verschiedenen Positionen gehen wir insgesamt von Mindereinnahmen in Höhe von 4,1 Mio. € aus.

Positiv hingegen entwickeln sich insbesondere die Ausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen, für die uns die Zuständigkeit zum Jahresbeginn im Rahmen der Verwaltungsreform vom Land übertragen worden ist. Hier liegen die Fallzahlen unter den in der Planung getroffenen Annahmen so dass hier Minderausgaben entstehen. Zusammen mit weiteren kleineren Verbesserungen in anderen Bereichen gehen wir davon aus, dass sich die Minderausgaben auf rund 2,6 Mio. € belaufen.

Somit ergibt sich aus der Prognose aktuell eine Deckungslücke in Höhe von 1,5 Mio. € gegenüber der veranschlagten Zuführung. Damit hat sich die Situation gegenüber unserer letzten Prognose leicht verbessert. Zwei zentrale Unwägbarkeiten gibt es derzeit noch. Dies sind

- die Einnahmen aus der Gewerbesteuer, da hier Einzelentwicklungen bei großen Steuerzahlern nach wie vor das prognostizierte Ergebnis sowohl positiv als auch negativ deutlich verändern können und
- die von der Bundesregierung angekündigte Kürzung bei den Zuweisungen an die Kommune für die Kosten der Unterkunft im Rahmen von Hartz IV. Ob diese Kürzung durchsetzbar ist, bleibt abzuwarten. Im schlimmsten Fall würden hier Mindereinnahmen in Höhe von 4,3 Mio. € auf uns zukommen.

Daher können wir momentan eine Aufhebung der vorläufigen Haushaltssperren nicht befürworten, sehen aber auch noch keine Notwendigkeit, die vorläufige Sperre in eine endgültige Sperre umzuwandeln. Somit behalten wir die Haushaltssperre in Höhe von 1,0 Mio. € auf die Personal- und Sachausgaben vorläufig bei. Über die endgültige Höhe der Haushaltssperre entscheidet der Gemeinderat dann im Rahmen des Jahresabschlusses, wenn die entsprechenden Ergebniszahlen vorliegen.

In Verwaltungszuständigkeit veranlassen wir folgendes:

- Aufhebung der internen Bewirtschaftungssperre bei den Personalausgaben,
- Senkung der internen Bewirtschaftungssperre bei den Sachausgaben von 20 % auf 5 %,
- Aufhebung der Bewirtschaftungssperre bei den Zuweisungen und Zuschüssen und
- Freigabe von 50 % der Jahresüberträge zur Bewirtschaftung auf Antrag.

#### **4. In 2005 zusätzlich bereit gestellte Mittel für den Ausbau der Kleinkindbetreuung und für Schulsanierungen**

Der Gemeinderat hat im Haushalt 2005 zusätzliche Mittel für Schulsanierungen und -modernisierungen sowie für die Einrichtung von zusätzlich 100 Plätzen für die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren bereitgestellt. Diese Mittel werden in voller Höhe für diese Zwecke eingesetzt. Im Rahmen der Bedarfsplanung für Kindertagesstätten, die der Jugendhilfeausschuss am 21.06.2005 beschlossen hat, ist die Aufstockung der Zahl der Betreuungsplätze ab dem 01.09.2005 bereits enthalten. Für die Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen in Schulen haben wir die Sommerferien genutzt und dort die überwiegende Zahl der Maßnahmen durchgeführt (siehe hierzu auch Informationsvorlage 0134/2005/IV).

#### **5. Ausblick auf das Jahr 2006**

Am 02.08.2005 hat das Land den Haushaltserlass für das Jahr 2006 vorgelegt. Die darin enthaltenen Plan- und Entwicklungsdaten bestätigen strukturell die Annahmen, die wir unserem Haushaltsplan 2006 zugrunde gelegt haben. Insbesondere wird der von uns kalkulierte Anstieg des Kopfbetrags für die Ermittlung der Schlüsselzuweisungen bestätigt. Diese Kalkulation war Grundlage unserer Aussage, dass wir in 2006 bei den Schlüsselzuweisungen mit Mehreinnahmen rechnen können, die es uns ermöglichen, die in 2005 planmäßig nicht erreichte Zuführung vom Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt in 2006 „nachzuholen“.

Die laut Gemeindeordnung bei einem Doppelhaushalt erforderliche Fortschreibung der Daten der mittelfristigen Finanzplanung bis zum Jahr 2009 werden wir dem Gemeinderat im 4. Quartal 2005 vorlegen.

gez.

Beate W e b e r